

## AKTUELL

## MENTALE GESUNDHEIT

# Psychiater\*innen schlagen Alarm

Isabel Spigarelli

Die **Société luxembourgeoise de psychiatrie, pédopsychiatrie et psychothérapie** lobt den Aktionsplan für mentale Gesundheit, zweifelt jedoch an seiner Umsetzung und zeigt sich besorgt.



COPYRIGHT: PEXELS/TARA WINSTEAD

angebote, Therapien, Unterstützungsangebote für die Eltern sowie Therapiezentren für Kinder umfassen. Paul Hédo beteuerte bei RTL, der SLPPP sei es gleich, wer diesen Sektor betreibe. „Diese

Frage muss politisch geklärt werden“, unterstreicht er. Darüber hinaus verlangt die SLPPP die Ergänzung der „unités d’hospitalisation“ durch stationäre und ambulante Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche.

Neben der Sorge um Heranwachsende mit psychischen Erkrankungen, beschäftigt die SLPPP aber auch die Situation von Erwachsenen. Auch hier nannte Hédo ein Beispiel aus dem CHL: Täglich würden hier bis zu zehn Patient\*innen auf der Suche nach psychiatrischer Hilfe abgewiesen, weil es an Terminen fehle. „Der Notdienst ist jeden Tag überfüllt.“ Es ist zudem die Rede von einem beunruhigenden Mangel an Psychiater\*innen. Dasselbe gilt übrigens für Psychotherapeut\*innen, wie Catherine Richard, Präsidentin der Fédération des associations représentatives des psychothérapeutes, der woxx im März berichtete. „Der Beruf ist nicht attraktiv“, meinte sie damals. „Den Menschen in Luxemburg geht es derzeit extrem schlecht und wir haben nicht genug Expert\*innen, die dies auffangen können.“

Um die Lage in der Erwachsenenpsychiatrie zu entschärfen, verlangt die SLPPP eine Umorganisation psychiatrischer Notdienste in regionaler sowie nationaler Zusammenarbeit, ein Audit zur Anzahl verfügbarer Betten und Therapieplätze, die Aufwertung des Berufs als Kinder- und Jugendpsycholog\*in im bezuschussten außerklinischen Bereich und die Einführung eines entsprechenden Studiengangs an der Universität Luxemburg.

Die zähen Verhandlungen um die Kostenrückerstattung bei einer Psychotherapie, der Umgang mit psychisch erkrankten Menschen beim Kontrolldienst der Krankenkasse, die ausbleibende Reglementierung des Berufs der Psycholog\*innen – all dies spricht dafür, dass bahnbrechende Fortschritte in Sachen mentale Gesundheit in Luxemburg auch weiterhin auf sich warten lassen. Oder um es mit den Worten der SLPPP zu beschreiben: „Wir haben jetzt einen Plan, aber haben wir auch einen Plan, um diesen umzusetzen?“

Luxemburg hat seit Juli einen Aktionsplan für mentale Gesundheit, der den Sektor bis 2028 optimieren soll. Lobenswert? Nur bedingt, findet die Société luxembourgeoise de psychiatrie, pédopsychiatrie et psychothérapie (SLPPP): Ende letzter Woche begrüßte die Organisation den Plan in einem Presseschreiben, legte jedoch vor allem im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie den Finger in die Wunde.

Es fehlt dem Aktionsplan laut SLPPP nicht an Zielsetzungen in diesem Bereich, aber: Viele davon gehen auf die „Stratégie nationale en faveur de la santé mentale des enfants et jeunes au Luxembourg“ aus dem Jahr 2013 zurück. „Wie kann es sein, dass die Verantwortlichen es in zehn Jahren lediglich geschafft haben, Empfehlungen in Zielsetzungen umzuwandeln?“, hinterfragt die SLPPP. Stattdessen hätte das Gesundheitssystem in dieser Zeit um die dringend notwendigen Betreuungsstrukturen für betroffene Kinder und Jugendliche ergänzt werden müssen. Die Strategie von 2013 habe fünf Prioritäten benannt, davon sei keine einzige umgesetzt worden, so Paul Hédo, Präsident der SLPPP, im Gespräch mit RTL.

Allein in der Kinderpsychiatrie des Centre hospitalier de Luxembourg, wo Hédo tätig ist, verstreiche in der Regel ein halbes Jahr bis zum ersten Termin. Im Bildungsbereich werde sich derweil um die psychische Betreuung von Heranwachsenden mit Verhaltensauffälligkeiten bemüht, allerdings sei dies eine hohe Belastung für alle Instanzen. Die Kinder und Jugendlichen würden zunehmend kategorisiert – in krank oder gesund, aggressiv oder traumatisiert – statt angemessen gepflegt und gebildet. Dafür müsse spezialisierteres Personal her.

## Was es jetzt braucht

Die SLPPP fordert die Entstehung eines dezentralisierten Sektors außerhalb der Krankenhäuser im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Der erwünschte Sektor soll Beratungs-

## SHORT NEWS

## Frauenquote erreicht?

(is) – Der Abgeordnete Marc Goergen (Piraten) will es in seiner parlamentarischen Anfrage an die Gleichstellungsministerin Taina Bofferding (LSAP) und den Wirtschaftsminister Franz Fayot (LSAP) genau wissen: Sind 40 Prozent der Verwaltungsratsmitglieder in öffentlichen Einrichtungen Frauen? Dazu hatte sich die Regierung bei Amtsantritt 2018 selbst verpflichtet. Einen wahren Erfolg kann sie bis dato nicht verbuchen. Ende 2022 waren nur 36 Prozent der Verwaltungsratsmitglieder öffentlicher Einrichtungen Frauen, selbst wenn dieser Wert seit 2018 um rund zwei Prozent gestiegen ist. Anders verhält es sich mit dem Anteil der Frauen, die den Staat in Verwaltungsräten öffentlicher Einrichtungen vertreten: Die 40-Prozent-Marke wurde dort bereits 2018 erreicht; im Dezember 2022 lag der Wert bei 41 Prozent. Die Regierung verfolge weiterhin ihr Ziel, auch im Hinblick auf Verwaltungsräte von Privatfirmen, in denen der Staat Aktionär sei, heißt es in der Antwort an Goergen vom 18. August. „Die Sozialpartner wurden darüber hinaus in einem Schreiben ermutigt, verstärkt Frauen in die Verwaltungsräte zu berufen“, so die Minister\*innen. „Was den Bereich der Klein- und Mittelbetriebe betrifft, so wurden diese zur Teilnahme am Programm actions positives des Gleichstellungsministeriums aufgerufen, auch um den Anteil von Frauen in Entscheidungsgremien zu erhöhen.“ Im September erhält der Regierungsrat aktuelle Zahlen (Stand: Juni 2023) zum Thema, die anschließend öffentlich präsentiert werden.

## Abstammungsrecht: CCDH enttäuscht

(tj) – Mit einem lachenden und einem weinenden Auge hat die beratende Menschenrechtskommission (CCDH) die Änderungen am Gesetzentwurf zum „Accès à ses origines“ zur Kenntnis genommen: Wie aus ihrem ergänzenden Gutachten hervorgeht, begrüßt die CCDH einerseits den nun präziser formulierten Text. Andererseits ist sie enttäuscht, dass fast keinem ihrer im Juli 2022 geäußerten Bedenken (woxx 1694) Rechnung getragen wurde, und zwar ohne dies zumindest zu begründen. „Il y a lieu de s’interroger sur l’intention des responsables politiques de lui demander de fournir un avis, s’il s’agit par la suite de ne lui accorder aucune attention“, so die CCDH. Der im September 2020 vom Justizministerium vorgelegte Gesetzentwurf 7674 hat zum Ziel, den Zugang zur Kenntnis der eigenen Abstammung im Rahmen einer Adoption, anonymen Geburt oder künstlichen Befruchtung zu regeln (woxx 1642). Zu den nicht umgesetzten Forderungen der CCDH zählt unter anderem, betroffenen Kindern diesen Zugang bereits vor ihrem 18. Lebensjahr zu gewähren. Zudem sei es wichtig, so ein weiterer missachteter Kritikpunkt, eine unabhängige Institution zu gründen, die für den „Accès à ses origines“ verantwortlich ist. Letzteres wird auch vom Planning Familial gefordert (woxx 1641).

## Alternativer Mischbau trägt Früchte

(mes) – Mehr Biodiversität, verbesserte Wasserqualität, höhere Eiweißkonzentrationen im Futter – laut dem „Institut für biologische Landwirtschaft an Agrarkultur Luxemburg“ (IBLA) übertrumpft der gemischte Anbau von Mais und Stangenbohnen den reinen Maisanbau in der Futterproduktion in mehrerer Hinsicht. Zusammen mit dem „Service eaux“ der Stadt Luxemburg hat das IBLA ein Pilotprojekt ins Leben gerufen, um neben etwaigen Vorteilen des Mischbaus auch verschiedene Aussaatzeitpunkte der beiden Pflanzen sowie Methoden zur Bekämpfung des Unkrauts, das bei dem Mischbau auftritt, zu erforschen. Seit diesem Monat liegen die ersten Ergebnisse vor. Als eiweißreiche Pflanzen enthalten Stangenbohnen ein Protein, das laut dem Institut für die Fütterung von Wiederkäuern „unerlässlich“ ist. Der Anbau der Bohnen, die sich an den Maispflanzen hochranken und zudem Stickstoff aus der Luft binden, erlaubt es Landwirt\*innen, nicht länger nur vom Mais – dessen Proteingehalt je nach Anbaujahr stark variieren kann – abhängig zu sein. Neben dem Mischbau erforschen die IBLA und der Service eaux außerdem eine „mechanische Beikrautbekämpfung“, sprich: mit Handwerkzeugen wie der Hacke und größeren Maschinen zur Bodenlockerung wie dem Striegel. Gründe für eine Reduzierung des Einsatzes von chemischen Pflanzenschutzmitteln gibt es genug. Unter anderem verringert man dadurch die Menge an Herbiziden, die ins Grundwasser gelangen. In dem landwirtschaftlichen Versuchsfeld, das in einem Wasserschutzgebiet zwischen Quatre-Vents (Kehlen) und Kopstal liegt, bleibe die Trinkwasserqualität dadurch erhalten.